

6.

Chronologie der Strafgesetzgebung.

3. **Italien.** Vom 1. Juli 1880 bis 30. April 1882.

(Zusammengestellt von Professor Brusa in Turin.)

1880.

- 1) 4. Juli und 23. Oktober. Rundschreiben des Justizministers, welches den Gebrauch gedruckter Formulare für Verhandlungsprotokolle verbietet.
- 2) 19. Juli. Gesetz betr. die allmähliche Beseitigung der Maßsteuer (Ausführungsverordnung vom 11. August 1880), und andre Finanzmaßregeln: Alkoholsteuer (Ausf. B. vom 29. Juni 1881 Art. 80–97 mit Strafbestimmungen), Einfuhrzoll auf mineralische Öle, Armenvertretung in Rechtsstreitigkeiten, Reorganisation der öffentlichen Lotterie (A. B. v. 21. Nov. 1880 mit Strafbestimmungen), Gebühren für die Erteilung von Konzessionen (Geldstrafen gegen Zuwiderhandlungen).
- 3) 23. Juli. Rundschreiben des Justizministers über die Beschlagnahme von Druckschriften.
- 4) 25. Juli. Rgl. Dekret, welches die am 28. Juni 1880 zwischen Italien und Spanien über den gegenseitigen Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums geschlossene Übereinkunft bestätigt.
- 5) 2. August. Rundschreiben des Justizministers, welches Maßregeln zur Beschleunigung des Verfahrens gegen verhaftete Beschuldigte anordnet.
- 6) 14. August. Gesetz, betr. die am 20. Januar 1879 geschlossene (am 4. August 1880 ratifizierte) Übereinkunft zwischen Italien und Frankreich über die internationalen Eisenbahnhöfe zu Robane und Bintimille. (Strafbestimmungen gegen Zollbetrugationen und gegen auf den genannten Bahnhöfen begangene Delikte.)
- 7) 20. September. Rgl. Dekret, enthaltend eine Amnestie für Preßdelikte.
- 8) 25. September. Rundschreiben des Justizministers, betr. Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze über Fabrikmarken u. f. w.
- 9) 9. Oktober. Rgl. Straferlaß (Art. 831 c. d. p. p.) für die am 10. März 1879 zu Genua (aus Anlaß der Mazzinifeier) begangenen Verbrechen des Aufstandes.
- 10) 13. Oktober. Rgl. Dekret, welches die mit Malta geschlossene Vereinbarung über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher bestätigt.
- 11) 27. Oktober. Rgl. Dekret, betr. die Neuordnung der öffentlichen Sicherheitswachen (guardie di pubblica sicurezza).
- 12) 30. Dezember. Rundschreiben des Justizministers, betr. die Beschlagnahme, Aufbewahrung u. f. w. von Waffen, Schießpulver und andern explosierenden Stoffen.

1881.

- 1) 2. Januar. Rgl. Dekret, betreffend die Einsetzung außerordentlicher Schwurgerichtshöfe.
- 2) 17. Februar. Rgl. Dekret, betr. die Einberufung einer Kommission zur Beratung der Polizeimaßregel des Zwangsaufenthaltes (*domicilio coatto*) und ihrer Voraussetzungen.
- 3) 10. März. Rgl. Dekret, betr. die Neuordnung der Straßenpolizei (*polizia stradale*).
- 4) 24. März. Rgl. Dekret, betr. den Auslieferungsvertrag mit Rumänien.
- 5) 7. und 10. April. Gesetz und Verordnung, betr. die Steuer auf Baumwolle XI (Strafbestimmungen in Art. 9—15 der Verordnung).
- 6) 19. April. Rgl. Dekret, betr. die Einsetzung von Provinz-Gefängnis-Inspektoren und ihre Befugnisse.
- 7) 23. April. Rundschreiben des Justizministers, betr. den Austausch von Prozessakten zwischen den italienischen und den österreichisch-ungarischen Gerichten (in Übereinstimmung mit dem Auslieferungsvertrag vom 27. Febr. 1869).
- 8) 12. Mai. Rgl. Dekret, betr. die dienstlichen Verhältnisse der Polizeibeamten.
- 9) 29. Mai. Rgl. Dekret, betr. die Ausführungsverordnung zu den Gesetzen vom 31. Juli 1879 und 19. Juli 1880 über die Alkoholfsteuer (Strafbestimmungen in Titel X Art. 80—97).
- 10) 25. Juli. Gesetz, betr. den Bau einer Einzelhaftabteilung in dem Gefängnisse Regina Coeli in Rom.
- 11) 14. August. Rgl. Dekret, betr. den Auslieferungsvertrag mit Uruguay.
- 12) 17. August. Rundschreiben des Kriegsministers, betr. den Verkehr mit Waffen und explosierenden Stoffen; vom Justizminister am 30. September 1881 den Staatsanwaltschaften mit ergänzenden Anordnungen mitgeteilt (Riv. pen. XV S. 294 ff.).
- 13) 30. September. Rundschreiben des Justizministers, betr. die Behandlung gefälschter Banknoten.
- 14) 17. Oktober. Rgl. Dekret, betr. die Übereinkunft mit der Schweiz über die internationalen Eisenbahnhöfe zu Chiasso und Luino.
- 15) 30. November. Rundschreiben des Justizministers, betr. die Beschleunigung der Prozesse.
- 16) 23. Dezember. Rundschreiben des Justizministers, betr. die Zollfreiheit der Habbestandsgegenstände und Beweisstücke (in Übereinstimmung mit einer Anordnung des Finanzministers vom 29. November 1881).
- 17) 24. Dezember. Rundschreiben des Justizministers, betr. die Bestrafung von Verletzungen der Urheberrechte (Riv. pen. XV S. 297 ff.).

1882.

- 1) 22. Januar. Wahlgesetz. (Die Strafbestimmungen siehe unten Beilage I in deutscher Übersetzung und vgl. dazu Brusa's Bericht Zeitschrift II S. 346 ff.).
- 2) 29. Januar. Rgl. Dekret, betr. die Organisation, den Dienst und die Disziplin der berittenen Polizei in Sizilien.
- 3) 5. Februar. Rgl. Dekret, betr. die Abänderungen des am 15. Januar 1875 mit Belgien geschlossenen Auslieferungsvertrages.
- 4) 9. Februar und 26. April. Rundschreiben des Justizministers (und Rundschreiben des Ministers des Innern vom 8. Februar 1882), betr. den

Ausweis der erlittenen Strafen mit Rücksicht auf das Wahlgesetz vom 22. Januar 1882.

- 5) 13. März. Ministerialverordnung, betr. die Dampfschiffahrt auf dem Garda- und dem Iseo-See (Art. 31 und 32 behandeln die strafrechtliche Verantwortlichkeit).
- 6) 20. April. Kgl. Dekret, betr. die Neuordnung der gerichtlichen Statistik in Zivil- und Strafsachen (vgl. unten internationale Chronik S. 207).

7.

Internationale Chronik.

Redigiert von v. Liszt.

- I. **Deutschland.** Das Gendarmeriewesen soll für ganz Deutschland einheitlich geregelt werden. — Am 8. Oktober wurde in einer Versammlung zu Frankfurt a. M. (Vorsitzender Geheimrat Rasse aus Bonn) die Gründung eines „Deutschen Vereins zur Bekämpfung der Trunksucht“ beschlossen. Die konstituierende Versammlung soll im Frühjahr 1883 zu Kassel zusammentreten. — Die Vorarbeiten bezüglich des Abschlusses einer Litteratenkonvention zwischen Deutschland und Frankreich sind im Gange. — Der Entwurf einer Reichs-Militär-St.P.O. soll in der nächsten Frühjahrssitzung des Reichstages zur Vorlage gelangen. — Der Bundesrat verkündete am 8. Juli die am 1. Oktober 1882 in Kraft tretende Verordnung über Einrichtung von Strafregistern und wechselseitige Mitteilung von Strafurteilen (vgl. Zeitschrift II. S. 688). Über die rechtskräftigen Verurteilungen in Strafsachen werden Register, und zwar bei den von den Landesregierungen zu bestimmenden Behörden über alle Personen, deren Geburtsort im Bezirke derselben liegt, bei dem Reichsjustizamt über die, deren Geburtsort außerhalb des Reichsgebietes liegt, oder nicht ermittelt werden kann, geführt. Die Mitteilung einer militärischen und einer militärgerichtlichen Verurteilung erfolgt, sobald für den Verurteilten der Militärgerichtsstand ganz aufhört, sonst mit der Überführung des Verurteilten in den Beurlobtenstand, bezw. mit der Wiederüberführung desselben in das Beurlobtenverhältnis. — Der XVI. deutsche Juristentag zu Kassel (11. bis 13. Septbr.) hat folgende Beschlüsse gefaßt (vgl. Zeitschrift II S. 669): 1) Zu Frage 9 (internationales Strafrecht). Auf Antrag des Referenten Stenglein wurden die in dem Gutachten des Prof. v. Liszt (Zeitschrift II S. 50 ff) aufgestellten Thesen, mit Ausnahme der auf die politischen Delikte bezüglichen, angenommen. 2) Über Frage 10 wurde zur Tagesordnung übergegangen (Stellung des Amtsrichters im Vorbereitungsverfahren). 3) Zu Frage 11. Die Entschädigungspflicht des Staates wurde in der 3. Abteilung (Referenten Landgerichtspräsident Kleiner u. Prof. v. Liszt) einstimmig, im Plenum (Referent Prof. v. Liszt) mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität erkannt; über die Voraussetzungen ihres Wegfalles gingen dagegen die Ansichten weit auseinander. Der Beschluß selbst lautet: „Ist infolge einer Wiederaufnahme des Verfahrens zu Gunsten des Verurteilten auf Freisprechung desselben oder in Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere als die verhängte Strafe erkannt worden, so ist